

Constantin Frantz' Schrift „Louis Napoleon“ im Vergleich mit dem Marxschen „18. Brumaire“

Helmut Meier

Constantin Frantz (1817-1891), Zeitgenosse von Karl Marx und Friedrich Engels, war zu seinen Lebzeiten einer der produktivsten und bekanntesten politischen Schriftsteller aus dem konservativen Lager. Er äußerte sich zu zahlreichen Themen, zu denen auch Schriften von Marx und Engels vorliegen. Um nur einige zu nennen: die Hegelsche und Feuerbachsche Philosophie, die Achtundvierziger Revolution, die deutsche Frage und die Bismarcksche Reichsgründung, die soziale Frage, die italienischen Feldzüge Österreichs und die Entwicklung des Kapitalismus.

Hier interessiert seine Schrift „Louis Napoleon“ aus dem Jahre 1852.¹ Bei ihr denkt man natürlich sofort an Marxens Schrift „Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte“² und legt sich die Frage vor, ob es wohl eine gegenseitige Bezugnahme gibt. Eigenartigerweise lassen sich jedoch keinerlei Hinweise finden, daß die Autoren voneinander Kenntnis genommen hatten. Wie es überhaupt verwundert, daß weder bei Marx noch bei Engels in irgendeiner Form Schriften von Constantin Frantz erwähnt werden. Zwar scheint es nahezu unwahrscheinlich, daß sie seine Arbeiten nicht registrierten, zumal Frantz an mehreren exponierten Stellen seines Werkes eine umfangreiche Polemik mit dem Marxismus betrieb, aber Belege dafür gibt es nicht.

Was Frantz' Schrift „Louis Napoleon“ angeht, so hat sie eine Vorgeschichte. Sie ist nämlich die Frucht einer im Dienste der preußischen Regierung vorgenommenen Informationsreise durch die Schweiz und Frankreich im Herbst 1851, deren ausdrücklicher Auftrag im Studium der „sozialistischen und kommunistischen Bewegungen“ bestand. Fünf Wochen reiste Frantz über Lyon, Chalons, Nevers, Bourges und Orleans nach Paris, wo er allein drei Wochen zubrachte. In einer Denkschrift an seinen Auftraggeber Otto von Manteuffel vom 31. Oktober 1851 faßte er erste Resultate seiner Beobachtungen zusammen.³ Sie sind zweifellos dazu bestimmt, dem Adressaten die Kompetenz des Verfassers für die Beurteilung der Lage in Frankreich darzutun und damit die

1 Siehe Louis Napoleon. Von dem Verfasser Unserer Politik (anonym), Berlin 1852. Diese Schrift ist als einzige Arbeit von Frantz in der Nazizeit aufgelegt worden, bezeichnenderweise mit dem Titel: Konstantin Frantz: Masse oder Volk/Louis Napoleon. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Franz Kemper (= Deutsche Schriften, Bd. I), Potsdam 1933.

2 Siehe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S.111-207.

3 Siehe Udo Sautter: Constantin Frantz und die zweite Republik. Eine Denkschrift aus dem Jahre 1851, in: Historische Zeitschrift, Bd. 210, 1970, H. 3, S.560-582.

eigene Karriere zu befördern. Eine solche Vermutung hatte bereits Udo Sautter ausgesprochen.⁴ Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, in Frantz' Darstellung nur die karrieristische Bestätigung von ihm wohlbekannten Einstellungen Manteuffels zu sehen. Vielmehr brauchte sich Frantz nicht zu verstellen; denn er wußte sich in bestimmten politischen Sachfragen in Übereinstimmung mit seinem Auftraggeber.

So ist die Denkschrift ein Zeugnis mehr für seine grundsätzliche Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus, die in eine unverhohlene Sympathie für das politische Vorgehen Louis Napoleons einmündet. Es ist daher kein Wunder, daß er dessen Mißachtung des Parlaments voll und ganz teilte. Bei ihm heißt es: „Denn überhaupt muß mit der parlamentarischen Regierungstheorie gebrochen werden, – das ist die erste Bedingung, um wieder eine selbständige Regierungsgewalt zu etablieren.“⁵ In seinen Augen war Louis Napoleon der einzige ernstzunehmende Faktor, der in Frankreich politische Stabilität zu garantieren vermochte, und das vor allem, weil er die Unterstützung der Armee besaß. Das kommt in folgenden Worten zum Ausdruck: „Ich habe mich in Frankreich umgesehen nach Links und Rechts, habe aber nichts gefunden, welches Stabilität hätte, und welches allgemein anerkannt wäre, außer das Militair. [...] Eh bien, so bleibt nichts übrig als ein militairisch organisiertes Gouvernement, welches mit der Zeit vielleicht einen moralischen Boden gewinnen kann, durch administrative Einrichtungen und soziale Reformen, – niemals durch parlamentarische Formen. [...] Offenbar war dies der Gedanke Napoleons. Glückliches Frankreich, wenn es dem Präsidenten gelingt, in diese Richtung einzutreten! Ein Glück zugleich für die Ruhe Europas.“⁶

Frantz' Verachtung gegenüber dem Parlament verbindet sich mit der von ihm immer wieder geäußerten Überzeugung, die Mehrheit des französischen Volkes sei „selbst unfähig zu regieren“ und nur geeignet, „eine breite Basis für ein militairisch organisiertes Gouvernement“ abzugeben.⁷ Deshalb billigte er auch, daß Bonaparte plebiszitäre Methoden ausnutzte, um sich an die Macht zu bringen. Frantz deutete bereits an dieser Stelle die Möglichkeit an, daß es zur Wiederherstellung einer napoleonischen „Erbmonarchie“ kommen könnte.

Nach Berlin zurückgekehrt, goß Constantin Frantz dann die Ergebnisse seiner Recherchen in die Form jener Broschüre, die im Jahre 1852 unter dem Titel „Louis Napoleon“ erschien. Hier stellt er ausführlich dar, was er in seiner Denkschrift bereits thesenhaft umrissen hatte. In die Broschüre ging auch seine Bewertung des inzwischen stattgefundenen Staatsstreiches Napoleons ein, die selbstverständlich positiv ausfiel. Allein diese Tatsache macht einen wesentlichen Unterschied zu der Marxschen Schrift sichtbar. Aber es gibt derer noch mehr,

4 Siehe ebenda, S.571.

5 Ebenda, S.577.

6 Ebenda, S.581.

7 Ebenda, S.577.

wie allerdings in der Schilderung und Bewertung der französischen Verhältnisse auch interessante Berührungspunkte bestehen.

Constantin Frantz gab in seiner Schrift nicht nur erneut seine uneingeschränkten Sympathien für Bonaparte zu erkennen. Er war auch bestrebt, die Legitimität seines Vorgehens nachzuweisen, indem er ihn zum „Träger eines Prinzips“ erhob, wobei er sich den Begriff des „Napoleonismus“ zu eigen machte. Daraus folgt seine vollständig andere Motivation für die Behandlung dieses Themas; denn für Karl Marx war der sogenannte „Napoleonismus“ nichts anderes als die ideologische Verbrämung der profanen machtpolitischen Ambitionen Bonapartes.

Im Unterschied zu Frantz war es das Anliegen von Marx, die Ursachen für das Zustandekommen des Staatsstreiches des Louis Napoleon aufzudecken, indem er eingehend die politischen Ereignisse seit der Februarrevolution von 1848 analysierte. Marx zeigte auf, wie die unterschiedlichen Fraktionen der französischen Bourgeoisie durch ihre egoistische Interessenpolitik die Konsolidierung der bürgerlichen Ordnung unmöglich machten, vor allem nachdem durch die blutige Niederwerfung der Arbeiterbewegung in den Junitagen die Gefahr einer Fortsetzung der Revolution beseitigt worden war. Das kleinliche Gerangel um Posten und Pfründe führte zu einer wachsenden Diskreditierung des Parlaments und drohte, den bürgerlichen Staat handlungsunfähig zu machen. Diese Situation begünstigte den Aufstieg des politischen Abenteurers Louis Napoleon, der sich den Nimbus einer von den Partikularinteressen der Bourgeoisfraktionen unabhängigen Instanz zu geben und als Garant von Ruhe und Ordnung zu präsentieren verstand. An Stabilität aber war die französische Bourgeoisie insgesamt, insbesondere aber die Finanzbourgeoisie, zutiefst interessiert. Napoleon verbürgte gewissermaßen in ihrem Verständnis das den Einzelinteressen der verschiedenen Fraktionen übergeordnete Gesamtinteresse der Klasse. Diese Entwicklung gab auch Marx Anlaß, die Grenzen und Defizite des bürgerlichen Parlamentarismus aufzuzeigen, ohne jedoch in den Fehler zu verfallen, parlamentarisch-demokratische Prozeduren grundsätzlich zu verwerfen. Marx verstand es, generelle Machtmechanismen der kapitalistischen Ordnung darzustellen und für den Kampf der Arbeiterbewegung unter diesen Verhältnissen Orientierungen zu geben. Das verband er gleichzeitig mit einer schonungslosen Kritik am ungeschickten Agieren der sozialistischen Kräfte.

Anders als für Karl Marx waren für Constantin Frantz die Ereignisse in Frankreich in erster Linie ein willkommenes Lehrbeispiel, um seine politische Grundauffassung zu erhärten, daß revolutionäre Umwälzungen schädlich sind und die parlamentarische Demokratie für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt ungeeignet ist.

So verwundert es nicht, daß Frantz die Ursachen für die politische Krise im Frankreich der Mitte des 19. Jahrhunderts der Großen Französischen Revolution von 1789 bis 1794 anlastete. Das nutzte er sowohl dafür, die Unmöglichkeit einer bourbonisch-monarchistischen Restauration zu begründen, als auch die Untauglichkeit der parlamentarischen Demokratie nachzuweisen. Im ersteren

besteht zwischen seinem Urteil und der Auffassung von Marx sicherlich kein Unterschied, wenn er schreibt: „Das Königtum ist tot in Frankreich, es ist schon begraben.“⁸ Auch bei der Bewertung, wie tief der Einschnitt in die französische Geschichte war, den die Revolution mit sich brachte, dürften keine Meinungs-differenzen bestanden haben. Frantz forderte zu beachten, „daß es in Frankreich keine einzige politische Institution, ja selbst nicht einmal ein Zivilgesetz gibt, welches über 1789 hinausreicht, nachdem die Revolution tabula rasa gemacht hat, in vollstem Sinne tabula rasa.“ „Hier war die Revolution nicht gegen die Verletzung des Rechtes gerichtet“, führte er weiter aus, „sondern gegen das alte Recht selbst. Hier hat man nicht etwa die alte Verfassung umgebildet, man hat nicht bloß gewaltsame Veränderungen dieser Verfassung gesucht, sondern man hat das Fundament des alten Staatswesens selbst zerstört. Man hat ausdrücklich erklärt, daß die neue Gewalt nicht der Nachfolger der alten Gewalt sei, sondern auf einem ganz neuen Grunde ruhe, nämlich dem *Volkswillen*, und daß das neue Recht nicht die Fortsetzung des alten sei, sondern aus einer ganz neuen Quelle fließen solle, nämlich aus der *Vernunft*. Man hat dies ausdrücklich erklärt, und man hat alles getan, was überhaupt in menschlichen Kräften liegt, um den alten Rechtszustand von Grund aus zu zerstören. Man hat das Königtum *ermordet*, nicht *hingerrichtet*, weil der Prozeß des Königs nicht bloß ein rechtswidriges Verfahren war; man wollte nicht den König strafen, sondern die königliche Gewalt extirpieren.“⁹

Für Frantz war die Revolution eine tiefe Zäsur in der Geschichte Frankreichs, gleichbedeutend mit Niedergang auf der ganzen Linie, „Krisis einer Krankheit“,¹⁰ wie er schrieb. Diese Bewertung stand im diametralen Gegensatz zur Auffassung von Karl Marx. Frantz bot dieser Standpunkt die Gelegenheit, Napoleon geradezu wie einen *deus ex machina* als Retter aus dem heillosen Chaos erscheinen zu lassen. So heißt es bei ihm: „Es ist ein Volk gegeben, welches die ganze Substanz seines alten Staatslebens zerstört und seitdem keine gemeinsamen Staatsanschauungen mehr hat, gleichwohl aber einer öffentlichen Gewalt und einer öffentlichen Ordnung bedarf. Was ist zu tun?“¹¹ Und thea-tralisch fuhr er fort: „Da trat Napoleon auf, um mit der Kraft seines Willens diesen formlosen Stoff, den ihm die Revolution vorlegte, in neue Formen zu drücken.“¹² Daran knüpfte sich eine geradezu euphorische Apologie Napoleons an, dessen Leistungen als Gesetzgeber, Administrator, Organisator der Armee und Feldherr sowie als Schöpfer eines neuen Bildungswesens Frantz nicht genug loben kann.

Damit schuf er sich gewissermaßen die Einlaufkurve, um seiner Antipathie gegen Revolutionen und parlamentarisch-demokratische Regierungsformen sowie seiner Sympathie für die autoritäre Regierungsweise Napoleons III. Ausdruck zu

8 Frantz, *Masse oder Volk*, S.32.

9 Ebenda, S.58.

10 Ebenda, S.54.

11 Ebenda, S.68.

12 Ebenda, S.28.

verleihen. Der Verlauf der Französischen Revolution und ihre Einmündung in das napoleonische Kaisertum waren für ihn Beleg, „daß die parlamentarische Regierung für Frankreich gänzlich ungeeignet ist“.¹³ Ein solcher Gedanke lag Marx natürlich völlig fern. Für ihn war der erste Napoleon nicht nur Nutznießer, sondern auch Erbe und Vollstrecker der Revolution.

Constantin Frantz führte folgende Gründe ins Feld, um parlamentarisch-demokratische Regierungsformen für Frankreich als ungeeignet zurückzuweisen. Zum ersten seien sie ungeeignet, „weil die ganze Bevölkerung Frankreichs durch die Revolution atomisiert ist, indem man alle provinziellen, ständischen, korporativen und kommunalen Rechte, wie überhaupt alle individuellen und selbständigen Rechte kassiert hat, um an deren Stellen allgemeine Reglements zu setzen, welche von oben her gegeben sind und woran sich keine selbständigen Rechte, sondern nur abgeleitete Rechte anschließen“.¹⁴

Frantz war nicht der erste und erst recht nicht der einzige aus dem Lager der Revolutionsgegner, der die Überwindung der traditionellen feudalen Gesellschaftsverhältnisse mit der Zerstörung aller gesellschaftlichen Strukturen schlechthin gleichsetzte. Zugleich wird hier seine Aversion gegen eine zentral-staatliche Organisation und seine Option für föderalistische Strukturen erkennbar. Das verband sich bei ihm mit der Favorisierung eines ständischen und korporativen Aufbaus der Gesellschaft, den er bereits in früheren Arbeiten vertreten hatte.¹⁵

Als zweiten Grund, weshalb parlamentarische Demokratie widersinnig sei, führt er an, daß „die parlamentarische Regierung in Frankreich aller Traditionen [entbehrt], mit denen sie vielmehr im Widerspruch steht. Denn durch die ganze französische Entwicklung zieht sich die Tendenz zum Monarchismus, woran sich alles Große anschließt, was in dieser Entwicklung hervorgetreten ist, von Chlodwig bis auf Napoleon.“¹⁶ Diese Sentenz ruft beim Leser Karl Marx' Äußerungen zur Traditionsproblematik am Beginn seiner Abhandlung in Erinnerung. Diese zielen gerade darauf klarzustellen, daß Traditionsbezüge im Dienste der Legitimierung aktueller Absichten stehen, was Frantz nun seinerseits bestätigt.

Aber Frantz gab noch eine weitere für ihn sehr typische Begründung für seine Ablehnung des Parlamentarismus. Drittens: „steht der Volkscharakter mit dem Parlamentarismus im Widerspruch, weil diese Regierungsform ein Volk von nüchterner Denkweise und von kaltem Blut voraussetzt, wie in Belgien, Holland, England und Nordamerika. Wo aber der leidenschaftliche Geist zu plötzlichen

13 Ebenda, S.34.

14 Ebenda.

15 Siehe Constantin Frantz: Die Gegenwart und Zukunft der preussischen Verfassung. Neudruck der Ausgabe Halberstadt 1848, hrsg. von Hanns Elmar Onnau mit einer Einleitung von Udo Sautter, Siegburg 1975; Ders.: Die Erneuerung der Gesellschaft und die Mission der Wissenschaft. Faksimiledruck der Ausgabe Berlin 1850, Siegburg 1967; Ders.: Die Staatskrankheit, Berlin 1852.

16 Frantz, Masse oder Volk, S.36.

Erregungen disponiert ist, wird der Parlamentarismus immer nichts anderes sein als eine organisierte Demagogie¹⁷. Daraus zog er kurzerhand den Schluß: „Das französische Volk will sich nicht selbst regieren, sondern es will regiert sein; es will eine energische Regierung, und eine persönliche Regierung.“¹⁸ Seine Erklärung für diese Behauptung lautet: „Denn es widerstrebt dem Volke sich von seinesgleichen beherrschen zu lassen, es verlangt eine höhergestellte Existenz dazu, und es verlangt insbesondere eine Persönlichkeit, nicht eine Versammlung an der Spitze, das ist die Natur aller Völker.“¹⁹ Hier kommen nicht nur die monarchistische Grundhaltung des Autors, sondern auch die im deutschen Bildungsbürgertum und den werktätigen Schichten des deutschen Volkes damals weitverbreiteten monarchistischen Illusionen zum Durchbruch. An anderer Stelle formulierte Frantz wörtlich, daß „alles Regieren [...] seiner Natur nach kein demokratisches, sondern ein aristokratisches Geschäft [sei], indem es niemals auf Gleichheit beruhen kann, sondern auf der Ueberlegenheit des Regierenden über den Regierten, welche selbst die Mutter aller Regierungsgewalt ist“.²⁰ Daher verschaffte Napoleon mit seinem Staatsstreich in den Augen von Frantz „normalen“ Verhältnissen wieder Geltung.

Das sah Marx natürlich ganz anders. Für ihn bedeutete das bonapartistische Regime selbst für bürgerliche Verhältnisse eine Ausnahmerecheinung, die „verselbständigte Macht der Exekutivgewalt“²¹, die ihre Voraussetzungen in der Tatsache hatte, daß keine der agierenden politischen Kräfte sich ein Übergewicht zu sichern vermochte. Der sich im parlamentarischen Geschehen und in den Auseinandersetzungen zwischen Legislative und Exekutive äußernde Machtverfall der Staatsordnung, den Marx abfällig als „parlamentarische[n] Kretinismus“²² geißelte, war für Frantz ein Beleg dafür, daß Parlamentarismus letztlich zu Korruption, Vetternwirtschaft und hohler Demagogie führt. So erklärte er schlankweg Bonapartes Vorgehen für verfassungsgemäß, weil dieser nach Frantz' Ansicht den Verfassungsgrundsatz, daß alle Macht vom Volke ausgehen soll, verwirklicht habe. „Nur der Präsident“, erklärte er, „der vom Volke als solcher gewählt ist, kann von sich sagen, daß er den Volkswillen repräsentiert“.²³

Wie Marx²⁴ stellte auch Frantz fest, daß Bonaparte vor allem in der Landbevölkerung Rückhalt fand, insbesondere in der breiten Schicht der Parzellenbauern. Für ihn war das eine Folge der offensichtlichen Benachteiligung der Landbevölkerung durch die bürgerliche Parlamentsherrschaft, die vorzugsweise den Interessen der städtischen Bevölkerung zugute kam, natürlich mit Ausnahme

17 Ebenda, S.37.

18 Ebenda, S.38.

19 Ebenda, S.39.

20 Constantin Frantz: Kritik aller Parteien, Berlin 1862, S.115.

21 Marx, Brumaire, S.204.

22 Ebenda, S.173.

23 Frantz, Masse oder Volk, S.35. Siehe Marx, Brumaire, S.35.

24 Siehe Marx, Brumaire, S.198-204.

der Arbeiter, was ihn aber nicht sonderlich kümmerte. Und er betrachtete es als einen Vorzug der napoleonischen Strategie, sich dieses Vorteils bedienen zu haben. „Der Präsident weiß es sehr wohl und hat danach gehandelt. Er stützt sich auf die Armee und stützt sich auf die Bauern, aus denen die Armee selbst hervorgeht.“²⁵ Triumphierend schrieb er: „Da kommt die Artillerie, und das Netz der Intrigen, das Netz der Sophismen ist zerrissen. Das ist der Staatsstreich.“²⁶ Über die „Intrigen und Sophismen“ des Napoleon Bonaparte schwieg Constantin Frantz, wohingegen Marx natürlich unwiderleglich deutlich machte, daß ungeachtet allen ideologischen Gewäschs der Usurpator im Interesse der Bourgeoisie agierte. Marx formulierte drastisch, daß durch den Staatsstreich der Anspruch, mit dem das französische Bürgertum seinerzeit angetreten war, nämlich „liberté, égalité, fraternité“, „durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Kavallerie, Artillerie“ ersetzt wurde.²⁷

Frantz stellte einen direkten Zusammenhang zwischen „Demokratie“ und „Diktatur“ her. Bonapartes Plebiszite werden so zu einer demokratischen Verfahrensweise. Ihr höchst zweifelhafter Gebrauch gab Frantz die Möglichkeit, Demokratie überhaupt als eine fragwürdige Erscheinung hinzustellen. Zugleich diente auch das ihm dazu, diktatorischem Vorgehen Legitimität zu verleihen. So schrieb er: „Dieses Volk stellt einen Mann an seine Spitze, der den Kollektivwillen dieses Volkes in sich zusammenfaßt, und dieser Mann gibt eine Verfassung, welche vom Volk ratifiziert wird. Dieser Mann regiert nicht nur kraft der Legitimität oder sonst einer moralischen Idee, sondern im Namen einer physischen Notwendigkeit, da er auf der Majorität ruht und die Notwendigkeit vorliegt, daß sich die Minorität unterwerfen muß. Der Mechanismus der neuen Verfassung wird nach den Forderungen der praktischen Zweckmäßigkeit eingerichtet, nicht nach den Forderungen irgendwelcher öffentlichen Rechte, die nicht vorhanden sind. Und die ganze Verfassung selbst besteht auch nicht in kraft ihrer Legitimität, sondern als eine physische Notwendigkeit, welcher die Armee Nachdruck gibt, indem sie den Widerstand der Minorität niederwirft. Das ist Napoleon, das ist der Napoleonismus.“²⁸

Frantz war sich völlig bewußt, daß der Staatsstreich zu einer Militärdiktatur führte, die er folgendermaßen verortet. „Man sieht zunächst, daß die wesentliche Form eines solchen Staatswesens die D i k t a t u r ist. Man erschrecke nicht vor dem Worte, es ist wirklich so. Die Diktatur bildet die wesentliche Verfassungsform der französischen Republik. Die nichtsdestoweniger eine Republik ist; denn die Diktatur findet sich bekanntlich nicht in Monarchien, sondern gehört der republikanischen Entwicklung an.“²⁹ Daß das bonapartistische Regime eine Militärdiktatur darstellte, rief bei ihm keinerlei Kritik hervor. Im Gegenteil! Nach Frantz war der Bonapartismus nicht nur „für das heutige Frankreich das einzig

25 Frantz, Masse oder Volk, S.43.

26 Ebenda, S.45.

27 Marx, Brumaire, S.148.

28 Frantz, Masse oder Volk, S.68.

29 Ebenda.

mögliche“ System,³⁰ sondern auch für Europa von Vorteil. Und so forderte er denn auch dazu auf, sich in das „Unvermeidliche“ zu ergeben und Bonapartes Vorgehen zu akzeptieren.

In Anbetracht dieser Äußerungen erscheint es nicht verwunderlich, daß Frantz nach Bekanntwerden seiner Ansichten in der Öffentlichkeit des Bonapartismus bezichtigt wurde.³¹

Ganz abwegig war eine solche Einschätzung nicht. Constantin Frantz ließ nie einen Zweifel daran aufkommen, daß er von Konstitutionalismus nichts hielt. Für ihn war es durchaus legitim, wenn sich Herrscher oder herrschende Klassen im Interesse des Machterhaltes über verfassungsmäßige und gesetzliche Beschränkungen hinwegsetzten. Die Stabilität der Staatsgewalt hatte für ihn immer Vorrang vor der Legitimität. So schrieb er an anderer Stelle: „Das allererste und notwendigste ist die Herstellung einer über den Parteien stehenden sicheren und festen Regierung.“³² Nachdrücklich vertrat er den Standpunkt: „Je stärker die Regierung, umso stärker ist der Staat. Revolutionen entstehen entweder, wenn die Regierungen nicht die gehörige Kraft haben, um beizeiten die nötigen Reformen durchzuführen, oder wenn sie selbst Willkür und Bedrückung üben. Dazu lassen sich aber am ehesten die schwachen Regierungen verleiten, um sich eine Macht zu erwerben, die sie nicht haben.“³³

Diese Denkweise kommt auch in Briefen zum Tragen, die Frantz im Jahre 1858 an Otto von Bismarck richtete. In ihnen verliert er seinem schon mehrfach bekundeten Mißfallen über die schwankende preußische Politik³⁴ in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts Ausdruck. In der Erwartung, in Bismarck, der ebenfalls Differenzen mit der Regierung hatte, einen Gesinnungsgenossen gefunden zu haben, forderte er ihn unmißverständlich zum Handeln gegen die „Schweinepolitik der Wilhelmstraße“³⁵ auf. Worum es ihm dabei ging, darüber ließ er keinen Zweifel: „Mir scheint der Staatswagen so tief in den Dreck geraten, daß er nur durch einen mächtigen Ruck wieder herauskommen kann. Nun glaube ich bei dem entschiedenen Charakter Ew. Excellenz annehmen zu müssen, daß Sie unter Umständen einen solchen Ruck nicht scheuen, der außerdem

30 Ebenda, S.90.

31 Siehe Briefe des Generals Leopold von Gerlach an Otto von Bismarck, hrsg. v. Horst Kohl, Stuttgart-Berlin 1912, S.18f., 25f., 78.

32 Constantin Frantz: Die Quelle alles Übels, Stuttgart 1863, S.146, ähnlich S.152, 156, 165 und 242; Ders., Staatskrankheit, S.102, wo er direkt nach dem „starken Mann“ ruft: „Ein Mann, ein Mann, ein Königreich für einen Mann.“

33 Frantz, Kritik, S.92; siehe auch Ders., Quelle, S.146f.; Unsere Verfassung (anonym). Berlin 1851, S.76; Ders.: Vorschule zur Physiologie der Staaten, Berlin 1857, S.197.

34 Frantz hatte in folgenden Schriften die aktuelle preußische Politik kritisiert: Unsere Politik (anonym), Berlin 1850 (Sie wurde allein bis Ende 1851 sechsmal aufgelegt.); Die Constitutionellen (anonym) Berlin 1851; Unsere Verfassung (anonym), Berlin 1851; Staatskrankheit; Quid faciamus nos, Berlin 1858.

35 Constantin Frantz: Brief an Bismarck, vom 9.8.1858, in: Ders.: Briefe, hrsg. von Udo Sautter und Hans Elmar Onnau, Wiesbaden 1974, S.31.

selbst Ihren eigenen Interessen entsprechen dürfte, da alle, die in dem besagten Wagen sitzen, in Gefahr stehen, in dem besagten Dreck zu versinken.“ Frantz versäumte nicht, Bismarck im Falle eines solchen Vorgehens seine Unterstützung anzutragen. „Sollte also meine Annahme in Betreff des qu. Rucks eintreffen, so würde ich mir zur Ehre anrechnen, Ihnen dabei mit meinen geringen Kräften zu Diensten zu stehen.“³⁶

Frantz mußte jedoch sehr bald erkennen, daß Bismarck andere Ziele verfolgte. Ihre Auffassungen gingen mehr und mehr auseinander, so daß Frantz das Angebot Bismarcks ablehnte, nach dessen Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten seinem Mitarbeiterstab beizutreten. Er entwickelte sich zunehmend zu einem der schärfsten Kritiker der Bismarckschen Politik von rechts.

Auch seine Sympathien für Napoleon III. verflüchtigten sich sehr bald. Frantz mußte erkennen, daß Bonaparte es nicht mit der inneren Stabilisierung Frankreichs bewenden lassen wollte. Dieser betrieb zunehmend eine weit ausgreifende Außenpolitik und versuchte, im französischen Interesse aktiven Einfluß auf die deutschen Verhältnisse zu nehmen. Damit wurde er für Frantz zum Repräsentanten jener traditionellen französischen Politik, die er im deutschen Interesse energisch zu bekämpfen für notwendig hielt und gegen die seine Mitteleuropa-Pläne ausdrücklich gerichtet waren.

Zu der Frantzschen Broschüre „Louis Napoleon“ drängt sich noch ein interessanter Nachtrag auf. Sie wurde nämlich als einzige Publikation aus seiner Feder in der Nazizeit aufgelegt, und bezeichnenderweise wurde der Titel erweitert. Sie hieß nun „Masse oder Volk/Louis Napoleon“. Der Herausgeber, ein gewisser Franz Kemper, begründete diesen Schritt im Vorwort folgendermaßen: „Die Machtergreifung Louis Napoleons ist die einzige geschichtliche Parallele zur nationalsozialistischen Revolution, die wir heute erleben.“³⁷ Und er führte die Parallelität noch weiter aus: „Achtzig Jahre nach Louis Napoleons Staatsstreich ist der Parteienstaat in Deutschland zerfallen, die Massen rebellierten und stellten sich einstimmig hinter den F ü h r e r, der ihre Sprache spricht. Es gibt kein zurück. Die Tendenzen der Zukunft hat uns Konstantin Frantz in seltsamer Gegenwärtigkeit aufgewiesen. Es ist an uns, ihnen zu dienen.“³⁸

Es war das nicht der einzige Versuch, Constantin Frantz zu einem geistigen Ahnen des Nazismus zu machen. Sein Biograph Eugen Stamm versuchte das mit einer Zitatensammlung aus den Werken von Constantin Frantz,³⁹ deren Auswahl die Übereinstimmung seiner Ansichten mit der Naziideologie unterstreichen sollte. Vielfach wurde direkt auf die von Frantz vertretenen antijüdischen Positionen Bezug genommen, wie es z. B. Ludwig Schemann tat.⁴⁰

36 Brief vom 18.6.1858, in: ebenda, S.28.

37 Frantz, Masse oder Volk, S.7.

38 Ebenda, S. 14.

39 Siehe Eugen Stamm: Das Größere Deutschland, Breslau (1935).

40 Siehe Ludwig Schemann: Die Rassenfragen im Schrifttum der Neuzeit, in: Die Rasse in den Geisteswissenschaften. Bd. III, München 1931, S. S.172 und 176.

Tatsächlich wird man nicht bestreiten können, daß Denkfiguren und Standpunkte des konservativen Publizisten Constantin Frantz jenem ideologischen Arsenal zugehörten, aus dem die Naziideologie schöpfen konnte; dennoch wäre es verfehlt, ihn schlankweg zu einem unmittelbaren Vorläufer des Faschismus zu machen. Schließlich hat Alfred Rosenberg, einer der Chefideologen der Nazi-bewegung, Constantin Frantz' religiöse Verwurzelung zum Anlaß genommen, um ihn als Verfechter „des konfessionellen rasselosen Weltstaats“ abzukanzeln.⁴¹ Das deutet darauf hin, daß Georg Lukacs recht hat, wenn er feststellt, daß Frantz „wegen des alten, unbrauchbaren, ideologischen Ballastes aus der voracht- undvierziger Periode“ nicht erste Wahl für die Protagonisten des deutschen Faschismus war, vielmehr hinter Paul de Lagarde und Friedrich Nietzsche zurückstehen mußte.⁴² Neben Frantz offen religiös geprägter Weltanschauung stand auch seine Föderalismus-Auffassung einer Kompatibilität mit der Nazi-ideologie im Wege.

So blieb dem Vorstoß von Franz Kemper, ihn mit der Neuauflage seiner Schrift „Louis Napoleon“ als geistigen Ideengeber der Nazibewegung ins Spiel zu bringen, die durchschlagende Wirkung versagt. Interessant daran ist aber immerhin die Erkenntnis, wie stark konservative Auffassungen Entstehung und Ausgestaltung der Naziideologie beeinflußt haben. So verwundert es nicht, daß Kemper sein Vorwort dazu benutzte, um Frantz' Schrift positiv gegen Karl Marx' „18. Brumaire“ abzuheben. War doch Frantz Antimarxismus auch ein Bezugspunkt für diejenigen, die ihn als Ahnherrn gewürdigt sehen wollten. Kemper sieht die Stoßrichtung der Marxschen Abhandlung durchaus richtig, nämlich „die klassenmäßigen Unterlagen des bonapartistischen Staatsstreiches“ analysiert zu haben. Er bemängelt an Marx, daß dieser im Gegensatz zu Frantz „die vorwärtsweisenden Tendenzen des napoleonischen Prinzips“ nicht erkannt habe, und er spricht ihm „den scharfen Sinn für die Sphäre des Politischen“ ab.⁴³ Im Grunde genommen geht es um die gegensätzliche Bewertung des napoleonischen Staatsstreiches. Marx kritisierte und verurteilte ihn, Frantz hieß ihn dagegen rundweg gut, und das macht in nuce eigentlich auch das Resümee des Schriftenvergleichs der beiden Autoren aus.

41 Siehe Alfred Rosenberg: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München, 1933, S.474.

42 Siehe Georg Lukács: *Nietzsche als Vorläufer der faschistischen Ästhetik*, in: Franz Mehring/Georg Lukács: *Friedrich Nietzsche* (= Philosophische Bücherei, Bd. 14), Berlin 1957, S.96.

43 Siehe Frantz, *Masse oder Volk*, S.14.